

**Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß
Art. 13 und 14 EU Datenschutz-Grundverordnung (EU DSGVO)**

(Stand: 01.12.2023)

Kontaktdaten der/des Verantwortlichen

Der/die Verantwortliche/r im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Vertreten durch die Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe

Straße / Hausnummer Hans-Schmidt-Str. 16
PLZ / Ort 12489 Berlin
Telefon +49 30 90297 6100
Telefax +49 30 90297 3272
E-Mail-Adresse gesundheitsamt-datenschutz@ba-tk.berlin.de

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten (DSB)

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Datenschutzbeauftragte

Straße / Hausnummer Rinkartstr. 13
PLZ / Ort 12437 Berlin
Telefon +49 30 90297 4994
Telefax +49 30 90297 4995
E-Mail-Adresse BehDSB@ba-tk.berlin.de

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung von personenbezogenen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum) sowie festgestellter Symptome, Diagnosen, Ihrer Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztlicher Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung etc. erfolgen elektronisch. Vor dem 01.01.2020 wurden personenbezogene Daten in Papierform archiviert. Außerdem wird die hier eingehende Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen oder Bescheide) elektronisch archiviert.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nach denen das Gesundheitsamt tätig wird, wie insbesondere dem Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), den Sozialgesetzbüchern SGB I, SGB II, SGB V, SGB IX, SGB X und SGB XII, dem Betreuungsrecht im BGB, insb. §§ 1896 ff dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Berliner Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG).

Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55-63), aus § 630 f. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung bzw. zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages an Dritte (z.B. an Ihren behandelnden Arzt oder das Sozialamt) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z.B. nach dem PsychKG) und wenn ein gesetzlicher Notstand gemäß § 34 Strafgesetzbuch (StGB) vorliegt oder Straftaten nach § 138 StGB verhindert werden sollen, dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden.

Zweck der Datenverarbeitung

Die erhobenen Daten sind für die Organisation der Beratungsstellen, für die fachgerechte Beratung und Erstellung von Stellungnahmen sowie für anonymisierte Statistiken der Gesundheitsberichterstattung erforderlich und dienen damit Ihrer Versorgung im Gesundheits- oder Sozialbereich (Art. 9, Abs. 2, Buchstabe h der DSGVO).

Dauer der Speicherung

Die hier erhobenen Daten und Papierakten werden entsprechend den o.g. rechtlichen Regelungen auf der Grundlage von § 10 der ärztlichen Berufsordnung nach letztem Kontakt im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes und im Bereich der Beratungsstelle für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen 10 Jahre aufbewahrt und anschließend gelöscht bzw. vernichtet. Im Falle von Unterbringungsmaßnahmen nach dem PsychKG beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist 30 Jahre. Diese Anträge und Gutachten nach dem PsychKG werden beim Amtsgericht Köpenick aufbewahrt.

Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i. S. d. DSGVO so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (Akteneinsicht), die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten, wenn die Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO)

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt.

Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Straße / Hausnummer Alt-Moabit 59 - 61 (Besuchereingang Alt-Moabit 60)

PLZ / Ort 10555 Berlin

Telefon +49 30 13889-0

Telefax +49 30 2155050

E-Mail-Adresse mailbox@datenschutz-berlin.de